

Botschaft von Konrad Adenauer über die Bedeutung der europäischen Integration (Februar 1950)

Legende: Als Reaktion auf die Kritik der Vereinigten Staaten an den schleppenden Fortschritten der europäischen Integration veröffentlicht der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer im Februar 1950 eine Botschaft, in der er die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) um die Einrichtung einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa hervorhebt.

Quelle: The National Archives of the United Kingdom, [s.l.], Kew, Richmond, Surrey, TW9 4DU.

<http://www.nationalarchives.gov.uk/>, Records created and inherited by the Foreign Office, FO. Movement for European Unity: collection of statements by British and foreign statesmen and clergy 1950, FO 371/88643.

Urheberrecht: (c) The National Archives of the United Kingdom

URL:

http://www.cvce.eu/obj/botschaft_von_konrad_adenauer_uber_die_bedeutung_der_europaischen_integration_februar_1950-de-b21b7673-3252-4fc9-bd48-412cb6c68214.html

Publication date: 07/09/2012

Botschaft von Konrad Adenauer über die Bedeutung der europäischen Integration (Februar 1950)

GERMANY

KONRAD ADENAUER

Chancellor of the German Federal Republic

Deutschland wünscht von ganzem Herzen die Einigung Europas. Mehr als irgend ein anderes Land in Europa muss es schon im eigenen Interesse eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Europas anstreben.

Deutschland ist sich bewusst, dass es heute um das Schicksal aller europäischen Völker geht und nicht um die kleinlichen Interessen einzelner Nationen. Die notwendige Neuordnung kann nicht mit Gefühlswallungen bewältigt werden, man muss sie vielmehr nach den Geboten der Vernunft mit Beharrlichkeit und Geduld zu erreichen suchen. Dabei bringt meines Erachtens die Aufstellung vieler Einzelpläne die Gefahr mit sich, die öffentliche Meinung in Europa und auch in den Vereinigten Staaten zu verwirren. Ein einziger grosser, klarer Plan, von unabhängigen Männern und Sachverständigen der Wirtschaft ausgearbeitet, wäre nützlicher.

Deutschland wird immer bereit sein, die zur Verwirklichung eines solchen Planes notwendigen Opfer zu bringen. Das gilt z.B. von den Bemühungen, anstelle bilateraler Zahlungsabkommen ein zentrales Clearing-System für die Währungen aller europäischen Länder zu schaffen. Ähnlich ist es mit dem Abbau der störenden Einfuhrquoten und Sperrguthaben. Deutschland hat seine eigene Wirtschaftspolitik auf der Grundlage eines freien Marktes aufgebaut und ist damit zu günstigen Ergebnissen gelangt. Folgerichtig wendet es sich gegen alle Einrichtungen, welche die Produktion und Verteilung in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handel hemmen können.

Dazu gehören auch die unsichtbaren Mauern, die heute noch um Deutschland stehen und es den Deutschen ausserordentlich schwer machen, auch nur die Grenze der unmittelbaren Nachbarländer zu überschreiten. Wie können die Völker sich gegenseitig kennenlernen, wie können sie zu einer aufrichtigen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit kommen, solange der lebendige Austausch in dem bisherigen Umfang behindert ist!

Im eigenen Lande bleiben wir nicht müssig. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht derzeit ein umfassendes Wohnungsbauprogramm. Wir hoffen dadurch den inneren Markt zu beleben und die soziale Not zu lindern, die auch über die Grenzen hinaus eine Gefahr bilden könnte.

Deutschland stellt mit Bedauern fest, dass noch ein Missverhältnis zwischen der allseitigen Zustimmung zu den Grundsätzen einer europäischen wirtschaftlichen Integration und den bisherigen Erfolgen in der Verwirklichung dieser Grundsätze besteht.

Die Missverständnisse und Versäumnisse kommen zum grössten Teil aus der Tatsache, dass den nationalstaatlichen Eigeninteressen der Völker vielfach der Vorrang vor den europäischen Notwendigkeiten eingeräumt worden ist, und dass der überlieferte Souveränitätsbegriff überstaatlichen Tendenzen nicht günstig ist.

Auf diesem Gebiet darf Deutschland für sich in Anspruch nehmen, bereits einen praktischen Beitrag geleistet zu haben.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat die Schranken beseitigt, die der alte Souveränitätsbegriff der Bildung eines wirklich übernationalen Rechts entgegengesetzt. In Artikel 24 des Grundgesetzes wurde bestimmt, dass deutsche Hoheitsrechte durch einfache Stimmenmehrheit auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden können. Ferner ist der Bund bereit, in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einzuwilligen, "die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa

und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern". Durch Artikel 25 sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als Bestandteil des Bundesrechts und als unmittelbar verpflichtend für alle Bewohner des Bundesgebietes erklärt worden. Wo immer also das Völkerrecht zu neuen Formen und Normen gelangt, werden sie unmittelbar für jeden Deutschen verpflichtend sein. Damit zeigt unsere Verfassung, wie der Weg freigemacht werden kann für das Einströmen neuer völkerverbindender Ideen, Rechtsformen und Rechtsnormen. Das ist jetzt schon praktisch bedeutsam, vor allem für die Bestrebungen, die auf eine wirtschaftliche und politische Einheit Europas hinzielen.

Das deutsche Volk und die Bundesregierung haben immer dankbar anerkannt, in welcher ausserordentlichen Masse die Vereinigten Staaten zu der wirtschaftlichen Gesundung unseres Landes und Europas beigetragen haben. Wir sind uns bewusst, dass diese Hilfe uns auch eine moralische Pflicht auferlegt. Sollte der politische und wirtschaftliche Beistand der Vereinigten Staaten gegenüber Europa aufhören, dann wären die Folgen für Europa und die Welt nicht abzusehen. Bleibt jedoch diese Hilfe bestehen, so darf bei hinreichender Konsequenz eine echte und dauernde Gesundung Westeuropas auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erwartet werden.

Es ist eine Genugtuung für uns, dass die Bundesrepublik Deutschland seit der Unterzeichnung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten über Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. Dezember 1949 - des ersten völkerrechtlichen Vortrages überhaupt, den die Bundesrepublik abgeschlossen hat, - als selbständiger Teilnehmer an der Erreichung des gesteckten Zieles mitarbeiten kann.